

«In Thun beziehen über 80 Prozent aller Kunden Ökostrom»

ENERGIEPOLITIK • Gemeinderätin und Grossrätin Marianne Dumermuth (SP) betont die Rolle der Gemeinden bei der Umsetzung der Energiestrategie des Bundes: Gemeinden erfüllten eine wichtige Vorbildfunktion. Der überkommunale Richtplan Energie und die Gebäudeenergiestrategie geben die Richtung vor.

Was bedeutet das neue Energiegesetz des Bundes für die Stadt Thun?

Marianne Dumermuth: Es bestärkt uns auf dem Weg zur Energiewende. Als Energiestadt orientieren wir uns an der 2000-Watt-Gesellschaft. Zusammen mit unserer wichtigsten Partnerin, der Energie Thun AG, die bekanntlich zu hundert Prozent in unserem Besitz ist, setzen wir die Ziele des regionalen Energierichtplans und des kantonalen Energiegesetzes um. Das neue Energiegesetz des Bundes ist gewissermassen die übergeordnete Absicherung.

Die Gemeinden und Städte sind demnach wichtige Player bei der Umsetzung der Energiestrategie.

Dumermuth: Ja, dies haben die Bundesbehörden immer wieder versichert. Viele Gemeinden haben eigene Energieversorgungen und kennen die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger am besten. Für die Stadt Thun ist es wichtig, dass sie den eingeschlagenen Weg fortsetzen kann. Sollte das Gesetz scheitern, könnte einiges wieder infrage gestellt werden. Der Thuner Gemeinderat bekennt sich aber weiterhin zur Energiestadt und zum Energierichtplan.

Wann wendet sich die Stadt Thun definitiv von der Atomenergie ab?

Dumermuth: Betreffend Atomausstieg gibt es keine verbindlichen Vorgaben, aber klare Absichten: Die Energie Thun AG hat das Ziel, die Produktion erneuerbarer Energien bis 2025 auf 160 bis 200 Gigawattstunden hochzufahren, was mehr als 100 Prozent des Thuner Bedarfs ist. Allerdings auch mit Anlagen, die im Ausland produzieren. Unsere Energieversorgerin ist an ausländischen Windkraftwerken beteiligt und Teilhaberin von Swisspower Renewables AG. Diese Gesellschaft investiert in Produktionsanlagen von erneuerbarer Energie. Zudem entscheiden die Kunden selber, welche Energie sie kaufen wollen. In Thun beziehen über 80 Prozent aller Kunden Strom aus erneuerbaren Energien.

Welche Bedeutung hat die Vorlage für die Stadt als Energiestadt?

Dumermuth: Beim Label Energiestadt ist – im Gegensatz zum Energierichtplan – der Bereich Mobilität eingeschlossen. Das Label hat die Bedeutung eines Kochbuchs mit Menüvorschlägen. Die Stadt übernimmt in verschiedenen Bereichen eine Vorbildfunktion: Sie hat eine Gebäudeenergiestrategie. Saniert sie beispielsweise eigene Liegenschaften, gehört immer eine gute Wärmedämmung dazu. Ihren Stromverbrauch deckt sie vollständig mit erneuerbarer Energie, ihren Gasverbrauch mit einem



Gemeinderätin Marianne Dumermuth erfüllt wichtige Schlüsselfunktionen im Energiebereich. dv

Anteil Biogas. Das Label Energiestadt Gold kann die Stadt Thun im Moment nicht erreichen, auch wenn das ein erstrebenswertes Ziel ist. Im Bereich Mobilität macht Thun Fortschritte, unter anderem dank dem neuen Mobilitätsreglement, das der Stadtrat Ende letzten Jahres guthies. Thun kann auch vom neuen kantonalen Angebotskonzept für den öffentlichen Verkehr profitieren, das auf bestehenden Buslinien Taktverdichtungen ermöglicht. Auf der Lerchenfeldlinie wird ab Fahrplanwechsel der Zehnminutentakt eingeführt. Auch am Abend wird es mehr Angebote geben. Weitere Massnahmen braucht es beim Fuss- und Veloverkehr und beim motorisierten Individualverkehr, der noch stärker auf Hauptachsen konzentriert werden soll, um die Quartiere zu entlasten. Dazu erarbeiten wir im Moment ein Gesamtverkehrskonzept.

Gerade beim Verkehr glänzte Thun in den letzten Jahren durch den Bau neuer Parkhäuser. Entspricht dies den Energiezielen?

Dumermuth: Ja, auch wenn die Auslastung des neuen Parkhauses im Moment nicht optimal ist. Die Parkhäuser sind Teil des Parkhausrings, und dieser ist Teil des Agglomerationsprogramms. Ein Teil der Parkplätze in Bahnhofsnähe wird diesen Frühling aufgehoben, mit Inbetriebnahme des Parkings Schlossberg der restliche Teil und Parkplätze in der Innenstadt. Das neue, ausgeklügelte Parkleitsystem wird den Suchverkehr massiv reduzieren; das Einbahnverkehrsregime mit der Eröffnung des Bypasses Thun Nord rund um die Innenstadt wird den Verkehr verflüssigen.

Bei der Ortsplanungsrevision ist die ressourcenschonende Stadtentwicklung ein wichtiges Ziel. Was heisst das konkret?

Dumermuth: Der Umgang mit Boden, Mobilität und Ressourcen muss schonend erfolgen. Grundlage ist der regionale Energierichtplan, der für die Behörde verbindlich ist. Er soll auch für Privateigentümerinnen und -eigentümer wegweisend sein bezüglich der Nut-

zung von erneuerbaren Energien, was gewiss noch zu Diskussionen führen wird. In Zonen mit Planungspflicht und bei Überbauungsordnungen kommt ja der Energierichtplan heute schon zur Anwendung.

Gibt es verbindliche Vorgaben bezüglich CO₂-Reduktion?

Dumermuth: Im Bereich Gebäudesanierung ist der Handlungsbedarf am grössten. Im neuen Baureglement und Zonenplan, wichtige Instrumente der Ortsplanung, werden konkrete Vorgaben geprüft. Der Revisionsentwurf des kantonalen Energiegesetzes sieht vor, dass bei Neubauten keine Ölheizungen mehr erlaubt sind. Im Rahmen von Umbauten werden heute oft Wärmepumpen oder Sonnenkollektoren installiert. Aber ich habe keine konkreten Zahlen dazu. Der Ersatz alter Ölheizungen durch neue Brenner erfordert keine Baubewilligung. Deshalb gehen diese Projekte auch nicht über meinen Tisch. Viele private Bauherrschaften nehmen die Dienste der regionalen Energieberatung in Anspruch.

Beim Heizen herrscht Konkurrenz der Energieträger. Gibt es Regeln für den Einsatz von Gas und Wärmepumpen?

Dumermuth: Gas ist zu einem erheblichen Teil nicht erneuerbar. Der geltende Energierichtplan stimmt die Verträglichkeit der Energieträger auf die Gebiete ab. Wo es Grundwasser gibt, eignen sich Wärmepumpen am besten zum Heizen. Die Wohnüberbauungen Rex Puls und Selve werden heute bereits mit Fernwärme beliefert. Aber es gibt derzeit keine zwingenden Vorgaben. Die AVAG baut ihr Fernwärmenetz weiter aus. In Thun wird immer noch zu 40 Prozent mit Öl geheizt. Wer seine Öl- durch eine Erdgasheizung ersetzt, spart 25 Prozent CO₂ ein. Wird das Gebäude mit einem Anteil oder vollständig mit Biogas beheizt, verbessert sich die Umweltbilanz zusätzlich. Ab Herbst 2017 wird die ARA Thunersee Biogas ins Erdgasnetz einspeisen.

Was würden Sie bei der Ortsplanungsrevision als Leuchtturmprojekt bezeichnen?

Dumermuth: Ich erachte das Baureglement als Schlüsselprojekt, weil es die Basis für jedes Bauprojekt ist und in den nächsten Jahren im Energiebereich am meisten Wirkung entfalten kann. Ein weiteres Schlüsselprojekt ist das Areal Freistadt: Eine Zusatzstudie soll zeigen, ob hier ein 2000-Watt-Areal möglich ist. Die Ortsplanungsrevision koordiniert die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung noch besser und erhöht auch mit der Siedlungsentwicklung nach innen die Energieeffizienz.

Energie Thun bietet Kleinproduzenten von Solarstrom, die einen Teil ins Netz speisen, einen attraktiven Rücklieferarif an, der doppelt so hoch ist wie jener der BKW. Welche Strategie steckt dahinter?

Dumermuth: Der Marktanteil ist klein. Energie Thun will damit ein Zeichen zur Förderung der erneuerbaren Energie setzen.

Sämtliche Haushalte werden im Zuge der Umsetzung der Energiestrategie mit mobilen Zählern ausgerüstet. Smartmeter liefern eine Menge interessanter Daten über sämtliche Verbraucher. Ist die Datensicherheit gewährleistet?

Dumermuth: Der Bund setzt klare Rahmenbedingungen. Ich kann versichern, dass der Umgang mit den Daten gesetzeskonform ist.

Die Ortsplanungsrevision ist eng mit Energiefragen verknüpft. Welche Anliegen stellen Sie als verantwortliche Stadtentwicklerin in den Vordergrund?

Dumermuth: Energie ist gewiss ein wichtiges, aber kein aufregendes Thema mehr. Die meisten Leute haben begriffen, dass hierzulande kein Atomkraftwerk mehr gebaut wird und dass die bestehenden vom Netz gehen. Umstritten ist einzig noch der Zeitpunkt. Doch wir sollten auch die sozialen Aspekte nicht aus den Augen verlieren, damit sich die Leute in ihrem Wohnumfeld in jedem Lebensabschnitt wohl fühlen können. In Thun ist der Anteil älterer Leute höher als in andern Städten, dies unter anderem deshalb, weil wir keine Universitätsstadt sind. Wir müssen neue Formen des Mehrgenerationenwohnens entwickeln. Kürzlich hat der Stadtrat ein Postulat betreffend Einführung und Umsetzung des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) für sämtliche Bau- und Planungsvorhaben der Stadt Thun überwiesen. Diesbezüglich möchte ich auch die Zusammenarbeit mit Investoren verbessern.

Daniel Vonlanthen

ZUR PERSON

Die Thuner Gemeinderätin Marianne Dumermuth (SP) ist Vorsteherin der Direktion Stadtentwicklung und für den Städtebau, das Planungsamt und Bauinspektorat verantwortlich. Sie ist Verwaltungsrätin der Energie Thun AG und der Parkhaus Thun AG sowie Vizepräsidentin des Entwicklungsraums Thun ERT. Beim Schweiz. Städteverband sitzt sie in der Energiepolitischen Kommission. 2014 wurde die Biologin zudem in den Grossen Rat gewählt, wo sie Mitglied der Bau-, Energie- und Verkehrskommission ist. dv

Adrian Amstutz: «Unsauberer und unbezahlbarer Irrweg»

NEIN-KOMITEE • Der Co-Präsident des Referendumskomitees gegen das Energiegesetz, der Sigriswiler SVP-Nationalrat Adrian Amstutz, erachtet die Strategie als teuren Irrweg. Die Energiestrategie sehe drastische Massnahmen vor, um den Bürger auf den «richtigen» Weg zu zwingen.

Die Schweiz verfügt heute über eine ausreichende, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Die Parlamentsmehrheit will diese bewährte Versorgung jetzt mit der Energiestrategie 2050 auf den Kopf stellen. Diese Strategie schreibt vor, dass wir unseren Energieverbrauch bis ins Jahr 2035 praktisch halbieren müssen. Man muss kein Energiespezialist sein, um zu erkennen, dass dieses Ziel nicht alleine durch den Ersatz von Glühbirnen durch Energiesparlampen erreicht werden kann. Die Energiestrategie sieht daher weit drastischere Massnahmen vor, um den Bürger auf den «richtigen» Weg zu zwingen. Die Erhöhung des Strompreises, die laut Bundesrat jeden Haushalt 40 Franken

kosten wird, ist dabei nur ein allererster kleiner Schritt auf diesem teuren und unsicheren Weg.

Die SVP beurteilt darum den ganzen Weg, auf den uns die Energiestrategie zwingen möchte, und sie beurteilt auch, was dieser Irrweg insgesamt und damit jeden Haushalt und jeden Gewerbebetrieb kosten wird. Dass die Strategiebefürworter die 200 Milliarden-Gesamtkosten totschweigen, ist unehrlich. Will man ehrliche, nicht abstimmungspolitisch beeinflusste Zahlen, muss man sich nur die Medienmitteilung des Bundesrats vom 4. September 2013 zu Gemüte führen. Dort steht es schwarz auf weiss, dass uns der von der Energiestrategie vorgesehene Umbau des gesamten



Energiesystems bis 2050 etwa 200 Milliarden Franken kosten wird. Damit das bezahlt werden kann, reicht es eben nicht, nur den Strompreis vorerst einen ersten Schritt heraufzuschrauben. Es müssen die Preise für alle Energieträger drastisch erhöht werden. Beim Heizöl sollen es bis zu 67 Rappen zusätzlich sein pro Liter. Das entspricht beinahe einer Verdoppelung des heutigen Heizölpreises. Auch in der Schweiz können es sich Tausende von Familien und Gewerbebetrieben nicht leisten,

neu jedes Jahr einfach ein-, zwei- oder gar dreitausend Franken zusätzlich für die Energiekosten auszugeben. Gerade Mieter haben dabei nicht einmal die Wahl, auf einen anderen Energieträger umzusteigen oder durch eine Gebäudesanierung die Energiekosten zu senken. Doch nicht nur Heizen wird teurer, sondern auch Autofahren und Transporte: Auf Benzin und Diesel soll bis zu 26 Rappen pro Liter aufgeschlagen werden. Die ganze Energiestrategie ist nicht nur kostspielig, sondern auch bevormundend. Sie will zum Beispiel noch viel schärfere und damit noch teurere Vorgaben machen im Gebäudebereich oder Ölheizungen ab 2029 ganz verbieten.

Obwohl die Energiestrategie also für jeden spürbare Einschränkungen und zusätzliche Kosten bringen wird, trägt sie nicht einmal zur Verbesserung der Versorgungssicherheit bei. Im Gegenteil: Denn die Wind- und Solarenergie, auf die sie so stark setzt, liefert eben nur bei Wind und bei Sonne Energie. Da Strom noch nicht in grossen Mengen dauerhaft gespeichert werden kann, sind damit häufige Stromausfälle programmiert. Es sei denn, wir importieren Riesenmengen Strom aus dem Ausland, wobei es sich dann meist um dreckigen Kohlestrom handeln wird. Aus diesen Gründen sage ich Nein zur unsicheren, unsauberen und unbezahlbaren Energiestrategie.

Adrian Amstutz